

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (2)



26. Juni 2026

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Wir berichten von der zweiten Kreistagsitzung in der neuen Wahlperiode.

Immer noch wurden zahlreiche Gremien gewählt: Betriebskommission Abfallwirtschaft, Betriebskommission WEBIT (IT des Wetteraukreises), Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen Süd, Zweckverband Regionalpark Niddaroute, Zweckverband Naturpark Vulkanregion Vogelsberg, Sportbeirat und ehrenamtliche Richter:innen beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Das war viel und entsprechend lange dauerten die Wahlen. Doch es gab auch schon einige Anträge der Fraktionen. So beantragte die Koalition aus SPD und CDU die Auflösung des Psychosozialen Beirats und eine Überprüfung der Arbeitsweise des Diversitäts- und Inklusionsbeirats. Beides sind Beratungsgremien des Kreises für diese wichtigen Themenfelder. In beiden Gremien arbeiten engagierte Fachleute mit. Warum die Linke Fraktion gegen diese Koalitionsanträge gestimmt hat, lesen Sie in dieser Post aus dem Kreistag.



Die Hitzewelle macht den Menschen zu schaffen! Achten Sie darauf, viel zu trinken! Stellen Sie Wasser für Vögel, Insekten und andere Tiere auf! Jetzt zeigt sich, wie wichtig Hitzeschutzmaßnahmen in den Kommunen sind.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Antrag Die Linke: Regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit des Jobcenters
Änderungsanträge dazu: Koalition und AfD
2. Anträge Koalition: Psychosozialer Beirat, Diversitäts- und Inklusionsbeirat
3. Anträge der Grünen: Nachtfahrverbot für Mähroboter
4. Das Gesicht der AfD ungeschminkt

RÜCKLICHT



Schulstreiks gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht: Schüler:innen der Friedberger Schulen beteiligten sich wieder mit einem Protestmarsch durch die Stadt. Insgesamt haben sich in Deutschland am 8. Mai 2026 44.000 junge Menschen gegen Wehrpflicht und Krieg ausgesprochen. In ihren Reden wiesen die Jugendlichen auf die Bedeutung des Datums hin: Am 8. Mai 2026 jährt sich zum 81. Mal der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. 60 Millionen Tote mahnen nach wie vor: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Auch beim **Hessentag** in Fulda war die Linke Jugend Wetterau aktiv: Wie jedes Jahr protestierte das Bündnis „Friedlicher Hessentag“ gegen die Militarisierung des Volksfestes. Die Waffenschau der Bundeswehr wird immer größer. Schon Kinder sollen für Kriegsgerät begeistert werden. Das Bündnis fordert: Keine Bundeswehr beim Hessentag! Keine Waffenschau als Spielplatz für Kinder! Die Jungen Leute wollen eine Zukunft und keinen Krieg. Sie forderten Geld für Bildung statt für Rüstung.



Antrag Die Linke: Regelmäßige Berichte des Jobcenters im Ausschuss für für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung - JSFGG

Im Dezember 2012 beschloss der Kreistag, dass im Ausschuss zweimal im Jahr über die Arbeit des Jobcenters berichtet wird. Seit einiger Zeit wird nicht mehr berichtet. Unser Antrag forderte ein, dass wieder regelmäßig Berichte erfolgen sollen und dass der sich der Kreistag mit dem Verwaltungshandeln des Jobcenter beschäftigt. Insbesondere, weil durch die Gesetzesänderungen der Bundesregierung zahlreiche Veränderungen zu erwarten sind. Wie sich das vor Ort auf die betroffenen Menschen und auch das Jobcenter selbst auswirken wird, sollte den Kreistag als ein Träger des Jobcenters immerhin interessieren.

Hier ist der Antragstext zu finden: <https://die-linke-wetterau.de/antrag-jobcenter-soll-berichten/>
Der Antrag wurde abgelehnt. Dafür hatten AfD und die Koalition aus SPD und CDU Änderungsanträge eingebracht.

Die Koalition beantragte, dass zukünftig nur noch einmal jährlich im Ausschuss berichtet wird. Dies wurde mehrheitlich angenommen.

Der Änderungsantrag der AfD zeigt sehr plastisch, welche unsoziale Denkweise diese rechte Partei an den Tag legt: Auch sie wollen nur noch einmal im Jahr einen Bericht hören. Und dieser Bericht soll sich mit *„Sozialleistungsmissbrauch durch SGB II-Leistungsempfänger“* beschäftigen. Und noch mehr: Der Bericht soll *„hierzu praktische Erfahrungen der Mitarbeiter mit dem Kooperationsplan zwischen Jobcenter und Empfängern, Verstößen der Empfänger gegen ihre Mitwirkungspflichten und infolgedessen vorgenommenen oder unterbliebenen Sanktionen durch das Jobcenter“* enthalten. *„Der dadurch entstehende Mehraufwand für die Mitarbeiter sowie finanzielle Verluste für das Jobcenter und entsprechende Auswirkungen auf den Haushalt des Wetteraukreises sind ebenso darzustellen, sämtliche Fälle von Sozialleistungsbetrug durch Falschangaben und strafrechtliche Ermittlungen gegen Empfänger lückenlos zu skizzieren.“*

Bei der Begründung verstärkte der AfD-Redner nochmal die Angriffe auf die Menschen im Bürgergeld. Man bekam den Eindruck, es handle sich auf breiter Front um Betrüger und Schmarotzer, denen das Handwerk gelegt werden muss. Der Ruf der wenigen Hilfesuchenden, die ehrlich sind, leide unter diesem massenhaften Betrug. Der Redner vermied zwar, Migranten als Hauptgruppe der Betrüger zu benennen, doch diese Schlussfolgerung schwang in der Rhetorik der ganzen Rede mit.

Es ist traurig, dass sich die anderen Kreistagsfraktionen so wenig für die Probleme beim Jobcenter interessieren und einen einzigen Bericht im Jahr als ausreichend betrachten.

Gerade jetzt verändert sich im Sozialgesetzbuch II vieles zum Schlechteren. Ist es den Kreistagsabgeordneten egal, wie das arme Fünftel der Bevölkerung lebt?

Wir sind darauf in unserer Rede eingegangen:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Im März 2013 berichtete der damalige Leiter des Jobcenters, Herr Wiedemann, zum ersten Mal vor dem Ausschuss „Jugend, Soziales und Gesundheit“ über das Jobcenter, seine Arbeit und die anstehenden Entwicklungen.

Das geschah auf Antrag der Linken.

Im Dezember 2012 wurde beschlossen, dass das Jobcenter zweimal im Jahr berichten soll. Vorausgegangen war ein langes Ringen darum, ob der Wetteraukreis für das Jobcenter zuständig ist oder nicht. Wir haben das schlussendlich vom Regierungspräsidium klären lassen und erst dann hatte die damalige Koalition einen eigenen Antrag eingebracht und es wurde fortan jedes Halbjahr berichtet.

Weil die Zuständigkeit des Kreises und die Berichterstattung heute schon wieder Thema sind, mache ich jetzt mal einen Schwenk zur gesetzlichen Organisation der Jobcenter:

Im SGB II werden die Träger der Jobcenter benannt und dort sind nur zwei Modelle vorgesehen: Eine Kommune ist allein zuständig – als Optionskommune – oder die Bundesagentur und die Kommune machen es in Kooperation.

Und im Wetteraukreis ist es eine Kooperation.

Der Kreis entsendet Personal ans Jobcenter, ihm obliegen - als einem der Träger - bestimmte Aufgaben und es gibt einen Beirat aus beiden Trägern.

Meine Damen und Herren,

der Kreis ist zweifelsfrei zur Hälfte Träger des Jobcenters und damit auch verantwortlich.

Also sollte sich der Kreistag auch mit den Aufgaben und Problemen des Jobcenters befassen und das Verwaltungshandeln entsprechend seiner Aufgabe kontrollieren.

Mit Ihrem Änderungsantrag, meine Damen und Herren der Koalition, wollen sie jetzt den alten Beschluss kippen und statt zweimal nur noch einmal einen Bericht vom Jobcenter hören.

Uns ist schon klar, dass Sie das Thema nicht so gern haben.

Es sind Ihre Parteien in Berlin, die gerade wesentliche Hilfen für die Menschen im Bürgergeld schleifen.

Ich nehme an, dass auch Ihnen klar ist, dass sie damit einer steigenden Zahl von armen Leuten – es sind schon mehr als ein Fünftel der Bevölkerung - noch nicht mal mehr das Existenzminimum zugestehen wollen.

Wer beschäftigt sich schon gern mit Armut, der nicht selbst betroffen ist... Jedenfalls wurde das Thema hier im Kreistag in den letzten 15 Jahren ausschließlich von uns eingebracht.

Und ich verspreche es Ihnen: Das werden wir auch in Zukunft tun!

Denn die Probleme sind immer noch die gleichen und sie werden durch die derzeitige Verarmungspolitik auch nicht kleiner werden.

Hier vor Ort geht es nach wie vor darum, dass abgegebene Unterlagen öfter mal verloren gehen, daraufhin Leistungen versagt und Belege immer wieder gefordert werden.

Es geht um Intransparenz und fehlerhafte Bescheide sowie lange Bearbeitungszeiten - insbesondere bei einem Wohnungswechsel, was besonders belastend ist.

Um Verweigerung von Vorschusszahlungen für Lebensmittel bei längerer Bearbeitungszeit, um Vernachlässigung der Beratungspflicht, um mangelnden Datenschutz und vieles mehr...

Heute kommt noch dazu, dass das Jobcenter keine e-mails mehr annimmt, im Zeitalter der Digitalisierung dafür aber Faxe, es im Foyer keinen Kopierer mehr für Unterlagen gibt, dass man keine Umsatzübersichten der Bank mehr akzeptiert, sondern man braucht Kontoauszüge, die bei Nachforderungen pro Seite mindestens 5 Euro kosten. Und da waren wir jetzt noch nicht bei den Kosten der Unterkunft und bei den Sanktionen...

Meine Damen und Herren!

Wir finden, dass es genug Gründe gibt, am Beschluss der halbjährlichen Berichterstattung festzuhalten. Der Umgang mit dem armen Teil der Menschen im Wetteraukreis kann dem Kreistag nicht egal sein.

Bitte lehnen Sie den Änderungsantrag der Koalition ab! Und natürlich auch den Änderungsantrag der AfD.

Anträge der Koalition aus SPD und CDU: Auflösung des Psychosozialen Beirats und Überprüfung der Struktur des Diversitäts- und Inklusionsbeirats

1. Auflösung des Psychosozialen Beirats

Die Koalition beantragte die Auflösung des Psychosozialen Beirats. Diesen Beirat gibt es seit 2013. Es soll den Kreisausschuss beraten, wie die gemeindepsychiatrische Versorgung des Wetteraukreises gestärkt und weiterentwickelt werden kann.

Die Auflösung wurde damit begründet, dass das Gremium nicht immer beschlussfähig war (seltsam: sind nicht Vertreter der Koalition auch im PSA? Waren sie nicht bei den Sitzungen??) und dass es inzwischen aufgrund des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und des hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG) grundlegende Veränderungen ergeben hätten, die den Beirat überflüssig machen.

Wir sehen das ganz anders, hatten aber nur eine Minute Redezeit. Das haben wir gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

es ist uns unverständlich, warum Sie gerade zum aktuellen Zeitpunkt darauf kommen, den psychosozialen Beirat aufzulösen. Sie führen das Bundesteilhabegesetz und das Hessische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz an. Mit beiden wäre der psychosoziale Beirat überflüssig. Genau das ist aber nicht der Fall!

Derzeit plant die Bundesregierung starke Einschnitte bei der Eingliederungshilfe. Gemeindenahe Einrichtungen werden eher geschwächt, als gestärkt.

Und das Hessische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz wurde von Fachleuten stark kritisiert, denn es leistet nicht wirklich mehr konkrete Hilfe für die betroffenen Menschen. Wenn Kliniken, der Wetteraukreis und die Polizei darüber beraten, wie freiheitsentziehende Maßnahmen und die Unterbringung zu handhaben sind, dann ist das nicht die Hilfe und Selbstbestimmung und Rehabilitation, die wir uns für psychisch kranke Menschen vorstellen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab .

Darüber hinaus wollen wir hier unsere Kritik am Hessischen PsychKHG kurz zusammenfassen:

Das Gesetz bringt einige Verschärfung im Umgang mit psychisch kranken Menschen.

Ein zentraler und besonders besorgniserregender Bestandteil ist die verpflichtende und unverzügliche Meldung der Entlassung von Patient:innen aus psychiatrischen Fachkrankenhäusern und Fachabteilungen an die zuständigen Ordnungs- und Polizeibehörden. Begründet wird dieser Schritt mit der Absicht, fortgesetzte Fremdgefährdungen zu verhindern.

Wir halten diese Maßnahme jedoch für völlig unverhältnismäßig und kontraproduktiv.

Die Meldepflicht untergräbt das Vertrauensverhältnis zwischen Patient:innen und Ärzten. Anstatt die notwendige Unterstützung und Begleitung zu stärken, setzt die Landesregierung auf Stigmatisierung und Repression. Damit erreicht man eher, dass sich Menschen nicht behandeln lassen, weil sie Angst vor Behörden haben.

Das sagt nicht nur Die Linke. Das sagen auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde sowie die Landesärztekammer Hessen. Die kritisieren die Neuregelung scharf. Sie warnen vor einer Stigmatisierung der Patient:innen, befürchten einen Konflikt mit der ärztlichen Schweigepflicht und sehen die Gefahr, dass Hilfesuchende aus Angst vor einer behördlichen Meldung den Weg in die psychiatrische Behandlung scheuen.

Wir wollen eine grundlegende Kursänderung in der Versorgung psychisch kranker Menschen, nämlich eine bessere und nachhaltige Versorgung. Konkret:

- Beendigung der dauerhaften Überlastung der Psychiatrien: Eine menschenwürdige und effektive Behandlung erfordert ausreichend Personal und Kapazitäten. Diese muss weitgehend in der häuslichen Umgebung erfolgen, wenn dies im Sinne der Patientin, des Patienten ist.
- Stärkung ambulanter Not- und Krisendienste: Die Landesregierung verhindert zum wiederholten Male mit dieser Gesetzesnovelle, dass Krisendienste vor Ort gebildet werden können, weil sie keinerlei finanzielle Leistungen erbringt.
- Ausbau der Prävention und niedrigschwelligen Beratung: umfassende psychosoziale Begleitung ist entscheidend für die Genesung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Psychische Belastungen sollen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Dazu sind beispielsweise die Familien besser zu unterstützen.

Also: Eine flächendeckende, bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgung.

Nur so kann psychisch kranken Menschen wirklich geholfen und gleichzeitig die Gesellschaft geschützt werden.

Der Antrag der Koalition wurde mehrheitlich angenommen. Ein Änderungsantrag der Grünen mehrheitlich abgelehnt, der die Verweisung in den Ausschuss beantragt hatte. Über die Thematik wurde nicht diskutiert.

2. Überprüfung der Struktur des Diversitäts- und Inklusionsbeirats

Auch hier wurde die Effektivität des Gremiums in Frage gestellt. Es sei nicht immer beschlussfähig gewesen. So will die Koalition die Arbeit evaluieren, sprich bewerten.

Zuerst wollen wir anmerken, dass es bereits ein Fehler war den Diversitätsbeirat und den Inklusionsbeirat zusammen zu legen. Weil das ganz unterschiedliche Themenkreise sind, haben wir damals dagegen gestimmt. Wir befürchten, dass diese Fehlentscheidung nicht Gegenstand der Evaluation sein wird. Eher wird es darum gehen, den Aufwand für die Kreisverwaltung zu reduzieren.

Dieser Antrag wurde in den Ausschuss überwiesen.

Antrag der Grünen: Nachtfahrverbot für Mähroboter

„Die Gefahr von Mährobotern für dämmerungsaktive Wildtiere, die im Garten auf Nahrungssuche sind, ist mittlerweile bekannt. ... Gefährdet sind geschützte Tiere wie Molche, Kröten oder Salamander, vor allem aber Igel“, schreiben die Grünen.

Sie beantragten ein Nachtfahrverbot für Mähroboter.

Solche Verbote haben bereits einige Kreise erlassen – zum Beispiel der Kreis Gießen.

Wir halten diesen Antrag für sehr sinnvoll. Wir haben der Überweisung in den Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft (RUW) zugestimmt.

Das Gesicht der AfD ungeschminkt

Bisher gab sich die AfD im Kreistag eher bürgerlich und erinnerte an den Wolf, der Kreide gefressen hat. Mit der neuen Fraktion hat sich das geändert.

Angriffe gab es bei dieser Kreistagssitzung auf das Bündnis „Partnerschaft für Demokratie Wetterau“ und „Demokratie leben!“

Die AfD will genaue Kenntnis über die geförderten Einzelmaßnahmen erlangen und auch die zukünftige Planung wissen. Sie wollen eine Prüfung der zweckmäßigen Fördermittelverwendung.

„Demokratie leben!“ soll eine Erfolgskontrolle und Qualitätssicherung unterzogen werden.

Sie nennen das Programm „umstritten“. Es würden „vereinzelt Projekte mit Geldern gefördert“,

„die in der Nähe extremistischer (insb. Islamischer oder linksextremer) Milieus verortet werden.“

Die „kritische Öffentlichkeit“ begegne diesen Programmen mit „immer größeren Bedenken“.

Unter dem Deckmantel der Neutralität will die AfD-Fraktion „Chancengleichheit“ für politische Parteien.

Wir haben dazu gesagt: „Wenn ich 81 Jahre nach dem deutschen Faschismus eine rechte Partei rehabilitieren wollte, würde ich genau diese harmlos klingenden Neutralität einfordern. Aber auch 81 Jahre danach ist es nicht angesagt, neutral gegen rechts zu sein!“

Es gab Änderungsanträge zum Grünen Antrag die Verlängerung der S-5 von Friedrichsdorf nach Friedberg zu unterstützen, zu, Antrag Evaluation der Struktur des Diversitäts- und Inklusionsbeirats und zum Linken Antrag zum Jobcenter. Inhaltlich zeigte sich deutlich, wessen Geistes Kind diese Fraktion ist (siehe Punkt 1. dieser Post).

Beim Antrag der Grünen, Verlängerung der S-5, schoss die AfD gegen das Deutschlandticket.

„Durch die Ticketverbilligung für die meisten Kunden wurde die Nachfrage erhöht, während die finanziellen Möglichkeiten der Verkehrsverbände reduziert wurden, angemessen auf diese Nachfrage zu reagieren“, schreibt die AfD. In ihrer Rede bezeichneten sie das Deutschlandticket als Umverteilung von unten nach oben. Weil: Pendler profitieren vom D-Ticket und die haben viel Geld, die Steuerzahler müssen dafür aber mehr zahlen. Deshalb plädiert die AfD für höhere Fahrpreise.

Alles in allem zeigte sich die AfD-Fraktion in all ihrer demokratischen und sozialen Kompetenz.

Nachsatz:

Nach Veröffentlichung der letzten Post aus dem Kreistag erwirkte die AfD eine Abmahnung gegen uns. Die Richtigstellung ist hier zu lesen:

*„In der Ausgabe Aktuelle Post aus dem Kreistag von 6. 5. 2025 haben wir folgende Aussage über Herrn Pätzelt verbreitet: „Ebenfalls neu: Max Pätzelt aus Wöllstadt, dem nachgesagt wird, er habe mal dem neofaschistischen III. Weg angehört.“
Diese Behauptung nehmen wir zurück.*



*Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.*

Viele Grüße von Gabi Faulhaber, Julian Eder, Anja ElFechtali und Hanna Zimowski